

Diese Zeitung erscheint jede Woche... Preis pro Quartal...

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen...

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von H. Drey... Druck von G. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. Et. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Einige Zahlen über die wirtschaftliche Lage unsrer Mitglieder.

Vor nunmehr zwei Jahren wurde an dieser Stelle eine allgemeine Verbandsstatistik angekündigt... Das Ergebnis der Aufnahme ist in zwei Abschnitte eingeteilt.

Das Ergebnis der Aufnahme ist in zwei Abschnitte eingeteilt. Der erste Abschnitt behandelt die Gesamtergebnisse ohne Rücksicht auf die einzelnen Berufe...

Brauchbar ausgefüllte Fragebogen gingen 79 140 aus 427 Orten ein. Unter den Ausfüllern waren 6082 weibliche Mitglieder.

Die Arbeitszeit

betrug bei 14 665 = 20 Prozent der männlichen und 1620 = 27 Prozent der weiblichen Mitglieder weniger als 10 Stunden.

Table with 4 columns: Arbeitszeit, Zahl der Beteiligten, Prozentsatz der Beteiligten (männliche, weibliche).

Nach Bundesstaaten — und in Preußen nach Provinzen, wobei Berlin gesondert geführt wird — geordnet hat Westpreußen mit 10,95 Stunden die längste durchschnittliche Arbeitszeit...

* Die 30 weiblichen Mitglieder, die über 11 Stunden arbeiten, sind in der Landwirtschaft oder als Hausbedienstete beschäftigt...

Der Arbeitslohn

ist in nachstehender Tabelle unter Zugrundelegung normaler Arbeitszeit... Es verdienen pro Woche: a) Arbeiter: b) Arbeiterinnen:

Die männlichen Beteiligten mit den Lohnsätzen bis zu 12 M. sind fast durchweg Jugendliche (16—18 Jahre) oder Invaliden...

Genau berechnet, stellt sich das Prozentverhältnis wie folgt:

Table showing earnings per 100 participants for different wage classes.

Der durchschnittliche Wochenverdienst für alle beteiligten Arbeiter beträgt 22,08 M.; unter diesem Durchschnitt verdienen 41 267 Beteiligte.

Von den Arbeiterinnen verdienen 1320 (zirka 26 Prozent) weniger als 10 M. und 1685 (zirka 28 Proz.) mehr als 12 M. pro Woche.

Table showing earnings per 100 participating women.

Der durchschnittliche Wochenverdienst für alle Arbeiterinnen betrug 11,54 M.; unter diesem Durchschnitt verdienen 3177 Arbeiterinnen = 52,50 Prozent der Beteiligten.

Nach Bundesstaaten und Provinzen geordnet, steht das gesondert geführte Berlin mit 25,70 M. durchschnittlichem Wochenverdienst an erster Stelle...

Eine Einteilung nach Orten ergibt für Oberhausen im Rheinland mit 31 M. pro Woche den höchsten und für Friedland in Schlesien mit 11,40 M. den niedrigsten Durchschnittsverdienst.

Von den 73 088 männlichen Mitgliedern, die Fragebogen ausfüllten, waren 50 095 oder 68,5 Prozent verheiratet.

Table showing marital status of participants by wage class.

Es zeigt sich, daß die Verheirateten in der niedrigsten Lohnklasse weit weniger, in allen übrigen aber mehr vertreten sind...

Table showing earnings per 100 participants by marital status.

Die Ledigen überwiegen in den 4 untern, die Verheirateten in den 4 obern Lohnklassen. Während von den Ledigen nur 42 Prozent mehr als 21 M. pro Woche verdienen...

Auch das Alter der Beteiligten zeigt seinen Einfluß auf die Lohnhöhe...

Table showing average earnings by age group.

Die Tabelle zeigt, daß der Wochenverdienst bis zur vierten Altersklasse (30—40 Jahre) regelmäßig steigt, dann aber ebenso regelmäßig sinkt.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahren in der preussischen Industrie.

Die Zahl der im Jahre 1908 in den der Gewerbeaufsicht unterstehenden Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen über 16 Jahre weist gegenüber dem Vorjahre eine wenn auch unwesentliche Abnahme auf.

Die Zahl der in den gleichen Betrieben beschäftigten männlichen Personen über 16 Jahre hat demgegenüber eine Abnahme von 47 261 oder 2,08 Prozent erfahren.

Trotzdem kommen nur 8 der Gewerbeaufsichtsbeamten zur Bejahung der Frage, ob Arbeiter durch Arbeiterinnen verdrängt worden sind. Von einigen Beamten wird das Gerangeln von Arbeiterinnen an Stelle der Männer dann nicht als eine Verdrängung der letzteren angesehen, wenn infolge Umanwandlung des Produktionsprozesses durch Einführung von Maschinen und dadurch bedingter Teilarbeit die Tätigkeit der nun beschäftigten Arbeiterinnen eine etwas andre geworden ist, als früher die Männer ausgeübt haben. Diese Fälle sind häufig in der Metallbranche zu verzeichnen. Man wird aber auch dann von einer Verdrängung der Männer durch Frauen sprechen müssen, weil ja tatsächlich in bestimmten Zweigen der Warenproduktion die männliche Arbeitskraft durch die weibliche ersetzt worden ist. Daß die einzelnen notwendigen Tätigkeiten andre geworden sind, sich oftmals vereinfacht und erleichtert haben, spielt keine Rolle. Vereinzelt wird aber auch von einem Verdrängen der Frauen durch Männer berichtet, doch scheiden diese Fälle bei der Beurteilung der allgemeinen Verhältnisse aus.

Wo Frauen an Stelle von Männern beschäftigt wurden, geschah es in der Hauptsache aus Sparmaßnahmrückichten. So berichtet z. B. der Beamte des Magdeburger Bezirks, daß eine Schuhfabrik nach Einführung von Maschinen, die nun durch Frauen bedient wurden, pro Woche und Person 12 Mark Arbeitslohn sparte, und eine Porzellanfabrik, in der an Stelle einer Anzahl Dreher Arbeiterinnen gesetzt wurden, konnte eine Lohnersparnis von 25 bis 30 Prozent aufweisen.

Als weiterer Grund für die Heranziehung der weiblichen Arbeitskraft wird neben der Billigkeit auch die größere Gefügigkeit und geringere Widerstandskraft den Maßnahmen der Unternehmer gegenüber angegeben. Für die Arbeiterorganisationen müssen diese Befähigungen Veranlassung sein, in Zukunft noch mehr als bisher auf die Gewinnung der Arbeiterinnen einschließlich der in der Heimarbeit tätigen hinzuwirken. Erst wenn diese Arbeiterkategorie für die Verbände gewonnen ist, wird es möglich sein, die jetzt stets als eine Folge der Heranziehung von Arbeiterinnen eintretenden Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen aus der Welt zu schaffen. Der Aufsichtsbeamte für Danabrud berichtet z. B., daß bei einem Streik in einer Gasmessfabrik die Arbeit der streikenden Lederbinder an Heimarbeiterinnen ausgegeben wurde, an die man seit der Zeit ständig die Arbeit abgibt. Daß in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur sich die Arbeiter einiger Bezirke der schweren Metallindustrie zu wandten, in der sie besser entlohnt wurden als in der früheren Beschäftigung, ist verständlich. An ihre Stellen sind aus Mangel an genügenden männlichen Personen Frauen getreten, die auch, nachdem ein Uebertritt an männlichen Arbeitskräften eingetreten war, ihre Plätze behalten haben.

Von einigen Unternehmen, so von Meiereien, Käseereien, Waschanstalten, wird berichtet, sie seien durch Verwendung von Motoren in ihren Betrieben in die Reihen der revisionsfähigen Betriebe rangiert, wodurch ebenfalls die Zahl der weiblichen der Gewerbeaufsicht unterstehenden Personen sich vergrößert hat.

Daß die Frauennarbeit vor allen Dingen in der Zigarettenfabrikation und in der Metallindustrie, hier namentlich in den Elektrizitätswerken, trotz der schlechten Konjunktur dort zugenommen hat, liegt daran, daß sich gerade für diese Arbeit Arbeiterinnen wegen ihrer größeren Fingerfertigkeit besser eignen, als die Männer. Aber nicht immer wird die besondere physische Veranlagung bei der Heranziehung von Arbeiterinnen für bestimmte Arbeitsleistungen berücksichtigt, ein Beweis dafür, daß nicht diese es ist, die die Unternehmer zur Einstellung von Arbeiterinnen veranlaßt, sondern in der Hauptsache der erhöhte Profit, der infolge der geringeren Bezahlung, mit der sich die Arbeiterinnen abfinden, den Unternehmern winkt.

So werden z. B. im Bezirk Potsdam Frauen bei Tiefbau und Erdtransporten beschäftigt. Im Frankfurter Bezirk wurde die Bedienung eines Dampfheißes durch eine Arbeiterin als unzulässig unterjagt werden. Verschiedentlich werden Arbeiterinnen in Porzellanfabriken an den Defen in ungesüßter Weise beschäftigt, so daß die Arbeit beanstandet werden mußte. Daß die Tätigkeit in Ziegeleien und Steinbrüchen, z. B. das Einpacken von Lehm, das Abnehmen von nassen Steinen, das Einsetzen der nassen Ziegel in die Trockengestelle, als für den weiblichen Organismus nicht geeignet bezeichnet werden muß, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Und doch werden oftmals Frauen bei solcher Tätigkeit angetroffen. Die Arbeiterinnen haben da große Lasten zu heben und müssen, fast häufig mit solchen beschäftigt, über Leitern und Gerüste klettern. In Zellulosefabriken wurden ebenfalls Arbeiterinnen beschäftigt, wo sie 4 bis 10 Kilogramm schwere Hohlzylinder in die nach der Hadmaschine folgende Transportlinie werfen müssen. Diese Arbeit muß sehr schnell und andauernd ausgeübt werden. Nach dem Bericht des Aufsichters für Berlin sind ihr nur außergewöhnlich starke Personen gewöhnt. Selbst Männer haben dabei nicht lange ausgehalten, jedoch haben Frauen sogar im fortwährenden Zustande diese Arbeit geleistet. Der Zustand wird dabei nach Möglichkeit zu verbessern gesucht, um nur ja keinen Verlust an Produkt zu erleiden.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten müssen aber auch diesmal eine ganze Anzahl Uebertretungen in bezug auf Innehaltung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen konstatieren. Obenan stehen dabei die Verstoße der Kladder- und Wäscheindustrie. Nichtbeachtung des gesetzlichen Feierabends, namentlich an Wochenenden und Feiertagen, gescheh in diesen Betrieben nicht zu den Seltenheiten. Auch in Drogenbetrieben werden die jungen Mädchen häufig in unzumutbarer Weise beschäftigt. Nach der Angabe des Beamten für den Bezirk Breslau mußten dort in einem Geschäft die Arbeiterinnen 10 Wochen hindurch vom morgens 7 bis nachts 12 oder 1 Uhr, auch wohl bis um 4 Uhr morgens tätig sein. Längere Reisen, als zum Erhalten des Geschäfts nötig waren, wurden nicht gestattet. In Gommern wurden 100 Mark Geldstrafe, die hier in der Verurteilung auf 50 Mark ermäßigt

wurde. Die Direktrice eines Konfektionsgeschäfts wurde zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie zwei Arbeiterinnen zwei Nächte hindurch beschäftigt hatte.

In ähnlicher Weise, nämlich 13 1/2 Stunden und noch länger, bis 1 oder 2 Uhr nachts, wurden Frauen in dem Arnberger Bezirk — sogar zwei jugendliche waren darunter — beschäftigt. Der Geschäftsinhaber, die schon früher schriftlich auf die Innehaltung der Vorschriften hingewiesen worden war, wurde eine Strafe von 15 Mark auferlegt.

Die Strafen sind auch bei diesen Uebertretungen, ebenso wie bei denen gegen den Kinder- und Jugendschutz, so niedrig bemessen, daß sie durchaus nicht abschreckend wirken. Auch in der Beachtung der Vorschriften für Arbeiterinnen wird erst nach Erstarren der Arbeiterorganisationen eine Besserung eintreten. Daß gerade in Konfektions- und Putzwerkstätten Uebertretungen so häufig sind, liegt wohl in der Hauptsache daran, daß sich die Arbeiterinnen nicht als solche betrachten und infolgedessen den für Arbeiterinnen erlassenen Schutzbestimmungen keine Beachtung schenken. Berichten doch die meisten Aufsichtsbeamten, daß sich diese Gruppe von Arbeiterinnen oftmals weigern, ein Arbeitsbuch zu beschaffen, eben weil sie nicht zu den Arbeiterinnen gerechnet werden wollen. Eine sonderbare Art von Stolz, wodurch die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft den Unternehmern ungemein erleichtert wird.

Daß neben den Verstößen gegen den gesetzlich festgelegten Maximalarbeitszeit auch solche anderer Art vorkommen, braucht bei der Milde, die die Gerichte den Unternehmern gegenüber walten lassen, nicht wunder zu nehmen. So mußte z. B. ein Ziegeleibesitzer des Bezirks Danzig erst gezwungen werden, einen andern Eingang für den Schlaßsaal für Arbeiterinnen zu schaffen, der vorher nur durch den Schlaßraum der Männer zugänglich war. In Dognitz waren auch in diesem Jahre 4 galizische Mädchen in einem Schlaßraum mit einem Ehepaar untergebracht, trotzdem dies schon im vorigen Jahre beanstandet worden ist. Ein Vorkommnis in einer Fischräucherei des Bezirks Schleswig bemerkt aber so recht die Notwendigkeit, den Schutz, den die Bestimmungen der Gewerbeordnung den Arbeiterinnen in Fabriken bieten, auch auf kleinere, ja, auf alle Betriebe, in denen Arbeiterinnen beschäftigt sind, auszudehnen. Dort wurden wiederholt Arbeiterinnen die ganze Nacht beschäftigt. Der Besitzer der Mäucherei mußte freigesprochen werden, weil der Betrieb, da nur 7 Arbeiterinnen dort tätig waren, nicht zu den Fabriken, also zu den der Gewerbeaufsicht unterstellten Betrieben gezählt werden konnte. Auch nach dem 1. Januar 1910 wird in derartigen Unternehmungen der Ausbeutung von Arbeiterinnen Tor und Tür geöffnet sein. Wenn auch nach der dann in Kraft tretenden Novelle zur Gewerbeordnung, die den vielumstrittenen Begriff „Fabrik“ nicht mehr kennt, die Schutzbestimmungen einer größeren Anzahl Arbeiterinnen zugute kommen, so ist doch auch dann Voraussetzung, daß in den Betrieben, für die die Bestimmungen gelten sollen, mindestens 10 Personen beschäftigt sein müssen. In den Kleinbetrieben, wo die Verhältnisse in der Regel am schlechtesten sind, bleiben die Arbeiterinnen nach wie vor schutzlos. Es wird auch auf dem Gebiete des Arbeiterinnen-schutzes den Arbeiterorganisationen allein vorbehalten bleiben, wirklich durchgreifende Reformen zu schaffen.

Der siebente Kongreß der christlichen Gewerkschaften

wurde am Sonntag, dem 18. Juli, durch eine im großen Gärtnersaal in Köln abgehaltene öffentliche Versammlung eingeleitet, in der sich die christlichen Arbeiter im Glanze ihrer weltlichen und geistlichen Söhner zeigten. Von den Rednern, die an diesem Tage zu Wort kamen, vertrat Freiherr von Berlepsch, der Mann von der Gesellschaft für soziale Reform, die weltliche, Viktor Brauns, Direktor des Volksvereins für das katholische Deutschland, die geistliche Seite. Auserdem redete Generalsekretär Stegerwald über das Thema: Sehn Jahre christlicher Gewerkschaftstätigkeit. Denn der Kölner Kongreß der Christlichen steht im Zeichen des Jubiläums jenseits, als vor zehn Jahren in Mainz die Christlichen ihren ersten Kongreß abhielten, von wo ab die christlichen Gewerkschaften, die sich bei dieser Gelegenheit ihr Programm und ihre Verfassung gaben, ihre eigentliche Geschichte beginnen. Es verleiht sich, daß die Reden dieses Abends auf einen hohen Ton gestimmt waren, insofern, als sie die Erfolge, die gute nationale Stimmung und die Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften priesen, die angeblich weder nach der politischen, noch der kirchlichen Seite hin irgendwelche Gebundenheit zeigen, sondern einzig und allein auf das wirtschaftliche Wohl der Arbeiter bedacht sind — eine Behauptung, die dadurch, daß sie von den drei Rednern zugleich aufgestellt wurde, nicht an Ueberzeugungskraft gewinnt.

Der erste Verhandlungstag am Montag wurde eröffnet durch die Begrüßung und die Ansprachen der Gäste: Geheimrat Wiedfeldt als Vertreter des Reichsamts des Innern, Geheimrat Trilling als Vertreter der Kölner Regierung, Beigeordneter Fuchs als Vertreter der Stadt Köln, Pfarrer Weber als Vertreter der evangelischen Arbeitervereine, Viktor Brauns als Vertreter des katholischen Volksvereins usw. Sodann gab Generalsekretär Stegerwald den Bericht des Stammbauauschusses über das abgelaufene Geschäftsjahr, das den christlichen Gewerkschaften einen Mitgliederzuwachs von 24000 gebracht hat, so daß sie wieder auf den Stand von 1906 angelangt sind. Dennoch sind die Christlichen trotz, daß sie nach fünfzehnjährigem Bestehen 260 000 Mitglieder erreicht haben, wobei sie wohlwiegend verweigern, um wieviel ihre gepriesenen „Erfolge“ hinter ihren anfänglichen Erwartungen und vor allen Dingen hinter den großartigen Erfolgen unserer Organisationen zurückgeblieben sind. Bemerkenswert war der Bericht Stegerwalds durch die ihm angelegte Betonung über das Verhältnis der christlichen Arbeiterorganisationen zu den christlichen Gewerkschaften. Er wies zunächst zurück, daß die christlichen Arbeiterorganisationen Vertreter der christlichen Gewerkschaften seien, sie seien von bürgerlichen Parteien in den Reichstag gewählt worden. Im Parlament ergäben sich für sie infolge der Verhältnisse in den einzelnen Fraktionen und der jeweiligen Mehrheitsbildung oft kritische Situationen, denen sie Rechnung tragen müßten, so daß oft das Arbeiterinteresse mit der Rücksicht auf höhere Interessen in Konflikt gerate. Da müsse man den Arbeiterorganisationen Vertrauen entgegenbringen, daß sie das Richtige zu treffen wählten. Es gehe nicht an, daß die Arbeiterorganisationen in den einzelnen Fraktionen in jeder beliebigen Frage ihre eigenen Wege gingen; unter solchen Bedingungen würde keine Partei Arbeitervertreter in ihre Fraktionen aufnehmen, wohl aber müsse ihnen zugestanden werden, daß sie in Fragen, wo das Arbeiterinteresse besonders in Betracht komme, auch abweichend von der Fraktion stünden. Und wenn sie einmal anders stünden, als es dem Klassenempfinden der Arbeiter im Lande zuzuge, so brauche man

nicht gleich den Vorwurf zu erheben, daß sie ihre proletarische Bergangenheit aufgegeben hätten. Wir stimmen — so schloß der Bericht — in manchen Dingen und Handlungen mit den bürgerlichen Parteien nicht überein, aber deshalb geben wir unsere Ideale und unsere Stellung zur Sozialdemokratie nicht auf, andernfalls würden wir uns das Todesurteil sprechen.

Darin war die Bitte um Pardon für die Herren Wiesberts, Schiffer und Genossen wegen ihrer Haltung in der Reichstagsreform ausgeprochen, und Herr Stegerwald unterließ diese Bitte noch durch die Mahnung, daß der Kongreß sich nicht mit Auseinandersetzungen grundsätzlicher Art, sondern mit praktischen Fragen beschäftigen solle — ein Bist, den die gut erzogenen Christlichen willig befolgten. Kein Wort fiel in der Diskussion über das Zentrum, den Teilnehmer des räuberischen Synopsblocks, kein Wort über die merkwürdige Sorte von Arbeitervertretern, die mitgewirkt haben an der ungeheuren Belastung ihrer Klasse durch einige Hundert Millionen neuer Konsumsteuern.

Den Hauptteil des Kongresses nahmen drei Vorträge sozialpolitischer Art ein, von denen derjenige über die Reichsversicherungsordnung aktuelle und praktische Bedeutung hatte, während die beiden andern in der Hauptsache geschichtlich referierend waren und fastlich kaum etwas Bemerkenswertes boten. Vogelgang (Essen) redete über den Arbeiterschutz vom grundsätzlichen, geschichtlichen und praktischen Standpunkte aus. Als nächste Forderungen gab er an: 1. Das Koalitionsrecht, 2. Reichsarbeiterschutz, 3. Beteiligung der Arbeitnehmerbestimmungen aus dem Reichsvereinsgesetz, 4. gesetzliche Regelung der Wohlfahrtspflege, 5. Heranziehung der Arbeiter zur Gewerbeaufsicht, direkte Beteiligung der Arbeiter bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, 6. Schaffung eines Reichswohnungs-gesetzes. Generalsekretär Fuchs (Stuttgart), der über die Entwicklung und den Stand der Arbeiterversicherung redete, trat zuvörderst mit seinen Selbstverständlichkeiten und Realitäten, die er in schulmeisterlichem Tone vortrug, allgemeiner Unausmerksamkeit. Ueber die Reichsversicherungsordnung redete Hg. B. e. d. e. r (Arnberg). Er verhielt sich, so möglich er auch in der Form blieb, den Plänen der Regierung recht kritisch gegenüber. In den allgemeinen Tendenzen der R.-V.-D. erblickte er einen Fortschritt, aber an zahlreichen Einzelheiten hatte er viel auszusetzen. Entschieden gingen die Diskussionsredner mit dem Werk ins Gericht. Ein Gemisch von Fortschritt und Reaktion nannte ein Redner die R.-V.-D.; ein anderer verglich sie mit der Eßenerer Springprojektion; drei Schritte voran, zwei zurück! Namentlich fand die von der Regierung beabsichtigte Halbierung der Beiträge und Rechte in den Krankenkassen entsetzliche Verurteilung. Volksbureauvorsteher D i e d (M.-Glabbach) meinte, daß die Regierung bezüglich der Krankenkassen nach dem Satz verfähre: Teile und herrsche! Das Selbstverwaltungswesen solle zwischen Arbeitern und Unternehmern geteilt werden, um der Regierung die Herrschaft zu sichern. Die Arbeiter haben zur Krankenversicherung nur Vertrauen, so lange die Verwaltung der Kassen in ihren Händen liegt. Wenn die Regierung sagt, ohne die Zweiteilung in den Krankenkassen ist die Neuordnung des Versicherungswesens unannehmbar, dann fällt eben das ganze Werk. In dieser Frage gibt es für uns keinen Kompromiß!

Geheimrat D i t t m a n n (Döbenburg), Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Döbenburg und Herausgeber des „Versicherungsboten“, erhielt als „fachverständiger Gast“ das Wort. Er erfuhr den Kongreß, nicht Prinzipien zu reiten und nicht die Vertreter der christlichen Arbeiter in dem Reichstag mit gebundenem Mandat auszustatten, auch nicht bezüglich der Verwaltung der Krankenkassen. Wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen raten und taten, müsse das auch mit gleichen Rechten geschehen. Es muß anerkannt werden, daß der obdenkliche Beschäftigungsgrad bei den Vertretern der christlichen Arbeiter kein Glück habe. Namentlich wandten sich F u c h s (Essen) und W i e b e r (Duisburg) in der entschiedensten Weise gegen Dittmann. Wieder gar kein Geleg, als ein schlechtes Geleg; eher mag die ganze Reichsversicherungsordnung fallen, ehe wir an unserm Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen rütteln lassen — verstanden beide unter allgemeinem und leibhaftigem Verfall der Besamung. Andre Redner wandten sich gegen das Bestehenbleiben der Betriebskrankenkassen, gegen die Einführung der Landkrankenkassen; die Vertreter der Heimarbeiterinnen, der Krankenpfleger usw. forderten größere Berücksichtigung ihrer Berufe durch die Reichsversicherungsordnung. Die einzelnen Wünsche wurden in die vom Referenten aufgestellten Leitfäden hineingearbeitet, die dann in dieser Fassung einstimmige Annahme fanden.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildeten die Referate von B e h r e n s und W i e b e r t über das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Was die beiden Redner sagten, ging nicht hinaus über den Rahmen dessen, was über diese Dinge hinlänglich bekannt ist. Einiges aus den Ausführungen von Wiesberts mag wiedergegeben sein: „Auf der Züricher internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer ist nichts anderes gesagt worden, als daß den katholischen Arbeitern die selbständige Betätigung, die andern Ständen zugestanden wird, ebenfalls zugestehen ist. Nichts weiter ist gesagt worden und nichts kann uns ferner liegen, als gegen die kirchlichen Autoritäten, deren Aufgaben wir zu würdigen wissen, aggressiv vorzugehen. Die christlichen Gewerkschaften sind keine religiösen Vereine, sondern wirtschaftliche Organisationen, die ihre Aufgaben nach christlichen Grundsätzen erfüllen. Sie sind noch nicht so stark, daß wir unter allen Umständen vorher sicher sind, von der Sozialdemokratie erdrückt zu werden. Wer unsere christliche Arbeiterbewegung zu schwächen versucht, arbeitet der Sozialdemokratie in die Hände. Hinter der katholischen Fachabteilungsbewegung stehen nicht nur antigewerkschaftliche sondern auch politische, gegen eine gewisse Partei gerichtete Bestrebungen. In dieser Beziehung werden unsere katholischen Kollegen in der Zukunft noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben.“

Die Aussprache, an der sich auch Pfarrer W e b e r (M.-Glabbach) beteiligte, beschäftigte sich mit der Stellung der evangelischen Arbeitervereine zur christlichen Gewerkschaftsbewegung; auch die kirchlich-Dunderschen Gewerbevereine wurden in die Debatte gezogen, ohne daß es zu einer Klärung über das Verhältnis der mancherlei in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung vereinigten Organisationen kam. Am Mittwochabend wurde der Kongreß nach dreitägiger Dauer, von dem Dienstagmorgen einer Meinsfahrt gewohnt war, geschlossen. Die dem Kongreß vorliegenden Anträge wurden sehr oberflächlich behandelt und die meisten unter stiller Heiterkeit der Delegierten dem Ausschuß „zur Erwägung“ überwiesen. Sehen wir von dem Referat und der Aussprache über die Reichsversicherungsordnung ab, so verlief der siebente Kongreß der christlichen Gewerkschaften bedeutungslos. Hier und da wurden in der Jubiläumssitzung hohe Töne angeschlagen, aber wie wenig Grund zum Triumphieren vorliegt, zeigen die Worte des bedächtigeren Herrn Wiesberts, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung noch lange nicht der Gefahr entrückt sei, von der Sozialdemokratie erdrückt zu werden. Wir haben die Hoffnung, daß diese „Gefahr“ umso näher rückt, als die Herren Wiesberts, Schiffer und Genossen sich bemühen, den christlichen Arbeitern nachzuweisen, wie unzulässig und unsinnig es ist, einer Organisation anzugehören, deren Führer auf den Rücken der Arbeiter ins Parlament gelangen, um dort als Handlanger arbeitersindlicher Parteien die Interessen der Arbeiter zu verraten. E.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung in der Papierfabrikation.

I.
Die von Professor Dr. Einzheimer herausgegebenen technisch-volkswirtschaftlichen Monographien bilden zweifellos eine wertvolle Bereicherung unserer volkswirtschaftlichen Literatur. Zwei innerlich mit tausend Fäden verbundene, äußerlich aber scharf getrennte, theoretisch zusammengehörige,

praktisch auseinandergesetzte Gebiete, wie Technik und Volkswirtschaft, sollen in ihren Wechselwirkungen untersucht werden, um zu zeigen, in welcher Weise die technische Entwicklung durch ökonomische Faktoren und wie umgekehrt das Wirtschaftsleben durch die technische Entwicklung beeinflusst wird.

In einzelnen Bänden werden von verschiedenen Verfassern die modernen Industriezweige in ihrem Entstehen und ihrer Weiterentwicklung behandelt. Für die modernen Arbeiterorganisationen ist es selbstverständlich, daß sie derartigen Arbeiten lebhaftes Interesse entgegenbringen, um einerseits für ihre Mitglieder daraus eventuell praktische Anwendungen herleiten zu können, andererseits aber, wenn und wo nötig, sachliche Kritik zu üben.

Sechsten ist der neunte Band dieser Monographien erschienen. In ihm versucht Franz Schaefer, Doktor der Staatswissenschaft in Mainz, den Entwicklungsengang der Papierfabrikation darzustellen, welchen diese durch das Fortschreiten der Technik nahm und welche wirtschaftlichen Erscheinungsformen sich daraus ergeben mußten. Nach sorgfältigem Studium dieses Wertes müssen und wollen wir gern anerkennen, daß dem Verfasser dieser Versuch im großen und ganzen recht gut gelungen ist. In drei Hauptkapiteln werden die Technik, die Rohstoffe und die wirtschaftliche Entwicklung der Papiererzeugung mit aphoristischer Prägnanz behandelt. Dem Volkswirtschaftslehrer, dem Sozialpolitiker und auch dem Gesetzgeber bietet das Buch eine wertvolle Fülle Material, um sich ein Urteil über diesen bedeutenden Industriezweig bilden zu können. Der Dank, welchen der Verfasser als Nichtfachmann in der Einleitung des Buchs dem Generalsekretär Herrn Dinges für sein Entgegenkommen bei der Sammlung von Material abstattet, mußte uns, da wir diesen Herrn als einseitigsten Vertreter der Unternehmerinteressen kennen gelernt haben, zunächst für eine objektive Bearbeitung etwas mißtrauisch machen; desto mehr freut es uns aber, auszusprechen zu können, daß dieses Mißtrauen unberechtigt war. Der Verfasser ist bemüht gewesen, durch gründliches Studium aller einschlägigen Literatur, durch persönliche Inaugenscheinnahme an Ort und Stelle, sowie durch mannigfache Erhebungen sich diejenigen Kenntnisse anzueignen, die ihn zur objektiven Bearbeitung eines derartigen großartigen Wertes befähigen. Dieses ernste Streben und Wollen tritt uns auf jeder Seite entgegen und so bietet das Lesen dieses Buchs dem Laien reiche Belehrung, dem Fachmann aber außerdem einen wirklichen Genuß.

Die Schlussfolgerungen, welche Dr. Schaefer aus seiner Arbeit zieht, sind auch für uns äußerst wertvoll. Sie bestätigen, wenn auch in manchen Punkten mit gewissen Parenthesen und unter größtmöglicher Vorsicht, vollinhaltlich die von uns seit langem aufgestellte Behauptung von der beispiellosen Ausbeutung und Verschöpfung der in diesem Großindustriezweige beschäftigten Arbeiter. Es ist äußerst wichtig, daß ein unparteiischer, einwandfreier und wissenschaftlich geschulter Mann bei Inbetrachtung aller einschlägigen Faktoren am Schluß sagen muß (Seite 282),

„daß es den Sozialpolitiker mit Bedauern erfüllen muß, wenn er sieht, wie die offizielle Vertretung des größten Teils der deutschen Papierfabrikation sich den sozialen Einrichtungen unseres Deutschen Reiches gegenüber verhält. Eine geradezu fanatische Bekämpfung tritt uns da entgegen!“

Die Arbeit von Dr. Schaefer bietet uns ein wertvolles Hilfsmittel, um uns erneut auf dem Wege zu orientieren, den wir unentwegt beschreiten müssen, um die Arbeiter der Papierfabrikation aus dem kaubischen Joch der unduldsamen Unternehmerwillkür zu befreien.

In jedem Abschnitt des Buchs muß in logischer Gedankenfolge anerkannt und hervorgehoben werden, daß die Tätigkeit des Arbeiters eine eminente Rolle spielt. Vom Sortieren der Lumpen angefangen bis zum letzten Handgriff, den das fertige Produkt erfordert, überall bescheinigt uns Dr. Schaefer auf Grund seiner Beobachtungen, daß an die Tüchtigkeit der Arbeiter hervorragende und weitgehendste Ansprüche gestellt werden müssen. So schreibt er über das Sortieren der Lumpen, „daß der geübte Sinn des Menschen hinzuzusetzen muß, welcher zwischen den einzelnen Sorten zu unterscheiden hat“. Man vergleiche damit die oft geradezu wegwerfende Behandlung, welche die armen Lumpensortiererinnen seitens „ihrer Herren“ zu erdulden haben, und doch gehört zu ihrer nichts weniger als appetitlichen Arbeit eine lange, geübte Erfahrung, die eine bessere Behandlung und — wir kommen darauf noch zurück — reichlichere Bezahlung gewiß verdient.

Ueber den Kochprozeß lesen wir in bezug auf die Tätigkeit der Arbeiter: „Zeitdauer des Kochens, Temperatur und Spannung hängen jedoch von einem Umfange größter Bedeutung ab, indem es nämlich schon hier darauf ankommt, welche Art von Papier dargestellt werden soll. Je nachdem „rösch“ oder „schmieriger“ Stoff hergestellt werden soll, verfährt man mit dem Zusatz von Lauge, ist dem Prozeß eine bestimmte Richtung zu geben. Begeht der die Kocher überwachende Arbeiter einen Fehler, so ist oft die Verwendung des ganzen Kocherinhalts von durchschnittlich 1500 bis 1800 Kilogramm in Frage gestellt.“ Man sieht hieraus erst deutlich, welche kolossale Verantwortung die Kocher-Arbeiter zu übernehmen haben. Weiter lesen wir, daß von der Durchführung des Bleichprozesses die Güte des Stoffs in hohem Maße abhängig ist und der Holländer große Sachkenntnis und vor allem Erfahrung zu seinen Amte mitbringen muß. Das Mahlen, Leimen, Färben des Papierstoffs erfordert reiche Erfahrung und gebiegene Sachkenntnis. „Es ist das eine recht heikle Aufgabe, welche langjährige Schulung erfordert und von der das Gelingen in hohem Maße abhängig ist“, beschäftigt Dr. Schaefer. Ebenso sind zur Bedienung der Papiermaschine nur zuverlässige, erprobte Arbeiter verwendbar. „Es erfordert die Herstellung von feinen Papieren einen hohen Grad der Ausbildung der Fabrikleiter wie der Arbeiter. Die zu beobachtenden Regeln der Herstellung feinsten Papierforten sind durch-

gehends recht streng und nicht leicht zu beobachten. Die Arbeiter müssen hohe Geschicklichkeit in der Ausführung der gegebenen Weisungen an den Tag legen.“ Und auf Seite 207 wird in prägnanter, recht treffender Weise wiederholt bekräftigt: „Von der ersten Lumpenmaßung im Halbzeugholländer, bis zur letzten Salinage im Nogatländer erfordert die Führung des ganzen Prozesses, wie seine Ausführung im Detail genaueste, auf die Feinheit des Produkts hingelende Anweisungen bezw. sorgfältigste Ueberlegung und Gewissenhaftigkeit des Arbeiters.“

Wir bringen diese Ausführungen auszugsweise deshalb, weil sie als Anerkennung der Arbeiterleistung zur Forderung der Parallele zwischen Arbeitsleistung und Arbeitslohn geeignet sind und in augenfälliger Weise das Mißverhältnis beider Faktoren zu einander dokumentieren. Jeder Fachmann wird ohne weiteres anerkennen müssen, daß die Auslassungen von Dr. Schaefer in ihrem ganzen Umfange die tatsächlichen Verhältnisse treffend kennzeichnen.

Bernichtend ist das Urteil Dr. Schaefers — wie auch jedes andere denkenden Mannes — über die früheren zünftlerischen Gebräuche im Papiermacherhandwerk. „Vom Meister bis zum jüngsten Lehrling durchzog die Kunst ein gleicher konservativer Geist, herrschten die gleichen Ansitten, denn anders läßt sich die Brauch nicht bezeichnen.“

Das genügt. Wändig und treffend ist das Festhalten am „historisch hergebrachten“ als Ansitte bezeichnet. Wenn nur aus den Lächerlichkeiten der Vergangenheit das gegenwärtige Geschlecht lernen wollte! Wie vielen, an dem heute nicht gerüttelt werden darf, sehr zum Schaden der Arbeiterschaft, wird vielleicht schon in wenigen Jahrzehnten das gleiche Urteil als Ansitte zuteil werden. Wir denken hierbei z. B. an Betriebskrankenkassen, Prämienwesen, Diplome des Papierfabrikantenvereins und manche andre, zur Stärkung des „patriarchalischen Geistes“ geschaffenen Einrichtungen, an welchen die Unternehmer mit oft bewundernswürdiger Fähigkeit festhalten. Leider werden sie heute in diesen Verbesserungen oft von den noch anaufgeklärten Arbeitern unterstrützt. Jeder von denkenden und weitschauenden Männern unternommene Versuch, die alten, zünftlerischen Ansitten einzuschränken, scheiterte „an dem selbstherrlichen und doch gebundenen Geist des Bürgerstandes, der die Äußeren der Herrscher des Rokoko in seine kleinlichen Ideen umsetzte und sie als Stempel seiner ganzen Arbeitsweise aufdrückte, Neuerungen ebenso verabsäumend, wie er mit inniger Liebe und geliebtem Vertrauen an seiner Popperkade hing“. Den Anlaß zur Metamorphose jener Ansitten brachte die Erfindung der Papiermaschine, deren erste in Deutschland im Jahre 1818 in Berlin zur Aufstellung gelangte. Zu ihr gefellte sich später die Erfindung des Holzschliffs und noch später die Erschließung der Zellstofffaser mittels chemischen Kochprozesses, so daß die vierziger und fiesziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die Perioden bilden, welche zur Grundlegung unserer heutigen modernen Entwicklung in der Papierfabrikation führten.

Aus der Papierindustrie.

+ Papiermachertage.

Vom 21. bis 24. Juni fanden in Wiesbaden die diesjährigen „Papiermachertage“ statt. Darunter sind verstanden eine Reihe vom Verein deutscher Papierfabrikanten und der Papiermacher-Vereinsgenossenschaft veranstalteter Versammlungen, die zur Abwechslung mit einigen Arbeiterversammlungen durchschossen sind. Von den diesjährigen Tagen waren der Montag ganz, der Dienstag halb, der Mittwoch zu einem Viertel und der Donnerstag wieder ganz der Geselligkeit gewidmet; in der Lage schätzbarem Meist aber wurden abgehalten: eine Vorstandssitzung und eine Delegiertenversammlung der Vereinsgenossenschaft, eine Vorstandssitzung und eine Hauptversammlung des Vereins und eine Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes deutscher Papierfabrikanten. Da die Unternehmer, im Gegensatz zu den Arbeitern, ihre Tagung hinter verschlossenen Türen abhalten, sind wir für unsern Bericht auf die Veröffentlichungen der Unternehmerpresse angewiesen. Danach waren die gebotenen Vergnügungen herrlich, das Essen und Trinken vorzüglich und die Arbeit ist trotz der Fälle von Genuß, in keiner Weise zu kurz gekommen. Da wir den Maßstab, den die Unternehmer bei Wertung ihrer eigenen Arbeit anlegen, nicht kennen, nehmen wir bei Wertung für wahr, geben jedoch dem Wunsch Ausdruck, daß die Herren bei Beurteilung der Arbeit ihrer Lohnsklaven gleich nachsichtig sein möchten.

Ueber die Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins deutscher Papierfabrikanten ist folgendes zu berichten: Der Vorsitzende Bräuner-Kalbe erwähnte in der Begrüßungsrede die Unternehmung zur Einigkeit, wies auf die schlechten Ergebnisse der Papierfabriken hin und forderte auf zum Eintritt in den Hansabund. Der stürmische Beifall, den der Vorsitzende für diese Einladung erntete, sowie der später gefasste Beschluß, einen Aufruf zum Beitritt an die Fachangehörigen zu erlassen, ist ein nicht zu unterschätzender Beweis für die Wertung, deren sich die neugegründete Zentralstelle für kapitalistische Interessenpolitik bei den Unternehmern erfreut. Nach Erledigung des Jahresberichts hielt Direktor Reesmann einen Vortrag über die Reichsversicherungsordnung. Nach dem Vortrage wurde eine Resolution angenommen, die sich im wesentlichen mit der Kundgebung des Zentralverbandes deutscher Industrieller deckt. Gefordert wird die Gleichstellung der Unternehmer mit den Arbeitern in den Krankenkassen in bezug auf Beiträge und Stimmenszahl, Herabsetzung des Reservefonds bei den Betriebsgenossenschaften und unbefristete Beibehaltung der Betriebskrankenkassen. Den beiden ersten Forderungen trägt bekanntlich die Vorlage der Regierung ganz und der letzten fast ganz Rechnung. Kennen somit die Resolution einerseits offene Türen ein, so ist sie andererseits ein Beweis für die Demagogie der Papierherren. Denn in dem Jahresbericht des Vereins deutscher Papierfabrikanten, der die gleichmäßige Beitragsleistung in den Krankenkassen fordert, wird eben diese von der Regierung beabsichtigte Gleichstellung als unerhörte Belastung der Industrie hingestellt.

Ueber die Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes des schweigt die Berichterstattung in der Unternehmerpresse fast ganz. Es heißt nur, daß „ein recht günstiges Bild der gegenwärtigen Arbeiterverhältnisse der deutschen Papier- und Zellstofffabrikation entrollt werden konnte“, und daß „der Verband sich nach Zahl seiner Mitglieder und besonders nach Umfang seiner Mittel im letzten Jahre geteilt habe“. Das günstige Bild von den Arbeiterverhältnissen ist natürlich im Sinne der Unternehmerinteressen gesehen. Es ist günstig für die Unternehmer, weil die Papierarbeiter noch der Gefügigkeit ermangeln, sich noch willenslos die Arbeitsbedingungen diktieren lassen. Daß diese Arbeiterverhältnisse oder für die Arbeiter äußerst ungünstig sind, haben wir wiederholt nachgewiesen. Hoffen wir also, daß sich das Bild recht bald umkehren und den Arbeitern die günstige Seite zeigen möge.

Am 24. Juni besuchten die Papiermacher die Höfster Farbwerke. Selbstverständlich haben sie da nur Schönes gesehen. „Für alles ist auf das denkbar Beste gesorgt“, schreibt das „Wochenblatt“

nach einer Aufzählung der Wohlfahrts-Einrichtungen. Nach der anstrengenden Arbeit des Schnees kam die nicht minder anstrengende des Rauchs. Die Fabrik gab ihren Gästen ein Festmahl, zu dem die Gastwirts-Küche die Tafelkassette machte. Zur Erinnerung erhielt dann jeder männliche Gast eine „papiermacherepappgeschmückte“ Tasse voll Bitter. Kein Wunder, wenn es am Schluß der Besichtigungsaufnahme heißt: „Es ist wohl vielen nicht leicht geworden, sich von den gastlichen Räumen zu trennen.“ Wir machen den Vorschlag, daß alle über die Trennung Traurigen sich einige Monate als Arbeiter der Höfster Farbwerke versuchen, wie sich sicher, daß sie gar bald den Zeitpunkt herbeisehen, wo sie sich von den „gastlichen Räumen“ trennen dürfen. — Die nächsten Papiermachertage sollen in Goslar stattfinden.

+ Gaietwalde. In der Oberlausitzer Papier- und Pappfabrik von Regisbrunn, Gaietwalde, hat am 1. Juli ein neuer Werkführer namens Groß sein Regiment angetreten. Dieser Herr, der früher Schlossermeister, dann Papiermaschinenführer war, hat sich so gut eingeführt, daß wir uns erlaubt sehen, die Bekanntschafts- und die im Betriebe bestehenden Mißstände einmal der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Noch bevor die Arbeiter wußten, daß Herr Groß, der zunächst als Maschinenführer im Betriebe beschäftigt war, die Werkmeisterstelle errichtet hatte, begann er Arbeitern zu lächeln. „Wem es nicht paßt, kann gehen“, sagte Herr Groß! (Herr Groß, wie war Ihnen zu Mut, als Sie in Gaietwalde gegangen wurden?) Bei jeder Gelegenheit werden die Leute angebrüllt, so daß man sich auf einen Karrenhof verlegt fühlt. Die Arbeiter vertreten die Meinung, daß Herr Groß nur noch die Peitsche in die Hand zu nehmen brauche, dann sei der Kladen fertig. Ob der Inhaber der Fabrik von diesem Treiben Kenntnis hat oder das alles billigt, entzieht sich unserm Kenntnis. Dem Herrn Groß aber möchten wir an dieser Stelle sagen, daß auch die Räume eines Werkmeisters nicht in den Himmel wachsen. Das beste Beispiel hat er an dem früheren Werkmeister Schneider, der ebenfalls in Gaietwalde groß war, trotzdem aber das Feld räumen mußte, als man Herrn Groß für fähiger zur Bekleidung des Postens hielt. Herr Groß dünnte seinen Latendrang besser zur Befestigung der Mißstände im Betriebe verwenden. Zunächst müßten die außerordentlich niedrigen Löhne angemessen aufgebessert werden, damit die Arbeiter ein einigermaßen menschliches Leben führen könnten. Dann aber müßten innerhalb des Betriebes Einrichtungen geschaffen werden, daß sich die dort Beschäftigten auch als Mensch fühlen könnten. Gibt es doch im Betriebe nicht einmal einen Speisesaal, ebenfalls ist kein Trinkwasser vorhanden. Einige Arbeitsräume (Holländeraal) sind so feucht, daß die Arbeiter infolge des austretenden feuchten Dunstes den ganzen Tag nicht trocken werden. Ventilation existiert nicht. Der Verband ist nicht in Ordnung. In Verbänden müßten die Reste von einem alten Hund verwendet werden. Für Geschlechter getrennte Aborte sind nicht vorhanden; Männlein und Weiblein benutzen eben den, der gerade frei ist. Herr Gewerkeinspektor?? So viel für heute! Den Werdegang des Herrn Groß, der viel Interessantes bietet, werden wir vielleicht später einmal schildern. Den Arbeitern aber raten wir, sich durch die Nachschärfen des Herrn Groß nicht beirren zu lassen, sondern unentwegt an ihrer Organisation festzuhalten, die ihnen gegebenenfalls den Rücken decken wird. Wenn alle bis jetzt Organisierten dem Verbands treu bleiben und dafür sorgen, daß auch die wenigen Außenstreiter noch gewonnen werden, wird Herr Groß mit seinen schärfmachenden Maßnahmen ebenso wenig Glück haben, wie seinerzeit Herr Schneider mit der Gründung des gelben Papiermacherklubs. In der Organisation liegt die Macht!

+ Mannheim-Waldhof. Die Papyrus, Aktiengesellschaft für Papierfabrikation in Mannheim, besitzt gegenwärtig ein Aktienkapital von 3 Millionen M. Die in der letzten Generalversammlung beschlossene Erhöhung des Aktienkapitals um 2 Millionen M. muß bis 1. Januar 1910 durchgeführt sein. Die 2 Millionen Mark sind in Uebereinstimmung mit einem weiteren Beschluß der gleichen Generalversammlung der Zellstoff-Fabrik Waldhof zu pari plus 4 Prozent Stückzinsen ab 8. Januar 1907 angeboten worden, und es hat dieses Angebot seitens der Zellstoff-Fabrik Annahme gefunden. In dem Aufsichtsrat sind an erster Stelle die Herren Emil Engelhard und Direktor Dr. Hans Ulem von der Zellstoff-Fabrik vertreten. — Bereits in Nummer 9 des „Proletariats“ haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß auswärtige Kollegen gut daran tun, wenn sie sich vor Annahme von Arbeit bei dieser Firma bei der hiesigen Geschäftsstelle erkundigen, sollen ihnen Entwürfe erspart bleiben. — Am Sonnabend, dem 10. Juli, fand in der „Biegelstätte“ bei Sandhofen, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Fröhlich, der längere Zeit in der Papierindustrie beschäftigt war, über „Die wirtschaftliche Lage der Papierarbeiter“ referierte. In nahezu einstündigen Ausführungen gelang es dem Redner, die Aufmerksamkeit der Anwesenden zu fesseln, und der lebhafteste Beifall am Schluß seiner Ausführungen bewies, daß Kollege Fröhlich den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. In der Diskussion streifte Kollege Forsthuber die Verhältnisse in dem Mannheimer Industriebezirk und gab bekannt, daß sich auswärtige Kollegen der Firma zu einem Stundenlohn von 30 Pf. angeboten haben. Aufklärung erfolgte im Verbandsorgan. Redner bittet, die Ausführungen seines Vortrags zu beherzigen und der Aufforderung, unsern Verband beizutreten, Folge zu leisten. Nach einem Schlusswort des Referenten war eine Anzahl Neuanschaffungen zu verzeichnen. Privatim wurde uns von den Kollegen mitgeteilt, daß die Verträge, die Hausordnung usw. nach echter Schlichterart ausgearbeitet sind. Es haben sich sogar schon Arbeiter gemeldet, die Verträge zu unterzeichnen. In den Papierzeilungen macht die Firma in bezug auf die Arbeitslöhne glänzende Versprechungen, und die Arbeiter aber da, so sind sie um eine Erfahrung reicher geworden. In den letzten Tagen ist es sogar vorgekommen, daß auswärtige Arbeiter, die in ihrem Ansprechen an die Firma einen Stundenlohn von 32 Pf. beanspruchten, mit 24 Pf. abgepfiffen wurden. Arbeiter der Papier-Industrie, ihr seid gewarnt! Verkauft eure Arbeitskraft zu einem annehmbaren Preise und wahret eure persönliche Freiheit.

Streiks und Lohnbewegungen.

— Streiks und Differenzen bestehen in: Pforzheim (Papierfabrik), Iphoe, Hamburg, Garburg, Dordy (Edern-Jörbe), Fürth und Kalbe. Bezug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— Utenburg. In den hiesigen Eßigfabriken reichten die Arbeiter Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein. Die zwischen dem Vertreter des Verbandes und den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen führten zu folgendem Ergebnis: Bei der Firma Uhlmann u. Koch wurde die Arbeitszeit um eine halbe Stunde, von 10 auf 9 1/2 Stunden vermindert, die Stundenlöhne um 3 Pfennige erhöht. Für Ueberstunden werden pro Stunde 5 Pfennige Zuschlag bezahlt. Für die Sonntagsarbeiten werden pro Schicht außer dem Lohn 50 Pf. extra vergütet. Bei der Firma Ernst Schöner wurden die Wochenlöhne um 1 M. pro Arbeiter und Woche erhöht. Für die Sonntagsarbeiten werden 50 Pf. extra vergütet. Die Arbeitszeit beträgt ebenfalls 9 1/2 Stunden täglich. Das Entgegenkommen der Betriebsinhaber ist anzuerkennen, wenn man in Betracht zieht, daß die Eßigfabrikation durch die beschlossenen neuen Steuern auf Spiritus nicht unannehmlich belastet wird.

Korrespondenzen.

Boizenburg. Wir haben uns schon des öfters mit der Wandplattenfabrik Boizenburg, insbesondere mit dem Meister Heiduc beschäftigt. Heiduc begnügt sich nicht damit, daß er dazu beiträgt, Leute, von denen er weiß, daß sie einer Organisation angehören, aus dem Betriebe hinauszugraulen, sondern er veranlaßt sogar andere Unternehmer, Leute zu entlassen bezw. nicht einzustellen, die aus der Wandplattenfabrik kommen. So ist Heiduc zum Gaußesbauwerder gegangen und hat den veranlaßt, die aus der Wandplattenfabrik entlassenen Arbeiter auch wieder zu entlassen und keine von der Wandplattenfabrik entlassenen Arbeiter mehr einzustellen. Wir sind in der

Aus der chemischen Industrie.

Arbeiterschutz für chemische Wäschereien.

Aus zwei Gründen haben die chemischen Arbeiter alle Ursache, die Fortschritte des Arbeiterschutzes auch in chemischen Wäschereien mit Interesse zu verfolgen. Erstens richten sich die meisten Schutzmaßnahmen in dieser verwandten Branche gegen die Gefahren des Benzins, und unter diesen haben vielfach auch die chemischen Arbeiter in Fabriken jeder Art zu leiden. Sodann aber ist ein so interessanter Streit zwischen den Unternehmern der chemischen Wäschereibranche und den Fabrikanten von Benzin bzw. dessen Erzeugnissen entbrannt, daß wir alle Ursache haben, genau hinzusehen, um den chemischen Kapitalismus in allen seinen Auswüchsen zu studieren.

Die chemische Fabrik Griesheim-Elektron bei Frankfurt a. Main läßt bekanntlich schon seit längerer Zeit eine Statistik über Benzinunfälle führen, von der wir auch gelegentlich Notiz genommen haben. Jeder Beitrag zu diesem Kapitel ist ja willkommen, um das Uebel zu beleuchten und seine Ursachen aufzuklären zu helfen. Dieser selbst eine Unternehmerrstatistik, als gar keine und als völliges Dunkel. Anders denken natürlich die Unternehmer der chemischen Wäschereibranche. Ihnen ist die Griesheimer Statistik höchst unangenehm, da sie die Arbeitsgefahr in ihren Betrieben aufdeckt und ihnen befürchtete Sicherheitsmaßnahmen näher rückt, wie sie als erster Staat untrüglichen Wissens kürzlich das Königreich Bayern erteilt. Dort hat das Ministerium als oberste gewerbliche Polizeibehörde unter dem 2. Mai 1909 (Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 21 vom 10. Mai 1909) vorgegeschrieben, daß die kleineren chemischen Wäschereien, die nie mehr als 10 Kilo Benzin zugleich im Vorrat und Betrieb haben, genau Buch darüber führen, feuergefährliche Räumlichkeiten, gegen Explosionsgefahr geschützte Arbeitsräume und eine Reihe von Betriebsvorrichtungen haben müssen, von denen wir die eine hervorheben, daß alles benutzte Benzin gegen elektrische Erregungen durch Zündlicht z. B. von Nichteisenerzeugnissen gemacht werden muß. Gewohnheitsrinder dürfen in Benzinbetrieben überhaupt nicht beschäftigt werden; auch die angenommenen Arbeiter dürfen kein Feuerzeug in den Betrieb mitbringen. Für Wäschereien, die mehr als 10 Kilo Benzin im Vorrat und im Betrieb haben, sind verschärfte Sicherheitsbestimmungen, z. B. 6 Meter Entfernung von den Rauchgasen, Abführung der Luft, Notausgänge, besondere Vorkehrungen für Brandfälle usw., vorgegeschrieben. Es handelt sich in diesen neuen Vorschriften eigentlich um lauter selbstverständliche Dinge, die um so leichter erfüllt werden können, als sich die chemischen Wäschereien Deutschlands zum Teil organisiert und kartellisiert haben, so daß die einheitliche Durchführung und nötigenfalls ein geringer Preisaufschlag zur Deckung der Arbeiterschutzkosten ganz leicht wären. Die chemischen Wäschereibesitzer sind aber Kapitalisten, wie andre auch. Sie suchen sich jede Arbeiterschutzmaßregel solange als nur möglich vom Halbe zu halten, und deshalb wenden sie sich in ihrem Fachorgan voller Wut gegen die Unfallstatistik von Griesheim.

Da liest man: „Es kommt, wie bei jeder Statistik, so auch hier darauf an, die vorhandenen Zahlen richtig zu bewerten. Nach der Statistik der chemischen Fabrik Griesheim-Elektron sind im Jahre 1908 in chemischen Waschanstalten, Färbereien usw. 22 Explosionsunfälle mit meist großen Brandschäden vorgekommen, wobei 4 Personen leicht und 27 Personen schwer verletzt wurden und 4 Personen starben. Angegeben wird, daß diese 22 Fälle der Firma aus deutschen Zeitungen bekannt geworden sind, nicht aber, wie sie sich abgespielt haben. Möglicherweise ist auch die große Explosion in Ungarn eingeschlossen, die allein drei Todesfälle und zahlreiche Verletzungen zur Folge hatte; denn auch über diese wurde in deutschen Zeitungen berichtet. Ob also die 22 Fälle auf das Deutsche Reich, auf Europa oder auf die ganze Welt zu verteilen sind, bleibt unentschieden. Ebenjowenig erfährt man, ob die Firma nach der Zuverlässigkeit der Zeitungsberichte sich erkundigt hat; es dürfte öfter vorkommen, daß Ereignisse in den Zeitungen aufgekauft werden. Selbst wenn aber die 22 Fälle wirklich auf reichsdeutschem Gebiet sich ereignet hätten, so würden wir auch diese Zahl nicht für groß halten im Vergleich zu den großen Mengen Benzin, die in chemischen Wäschereien verarbeitet werden, und im Verhältnis zu der Zahl der im Deutschen Reich bestehenden Reinigungsbetriebe. Möglicherweise sind auch Handwäschereien und dergleichen mehr eingerechnet worden, obgleich sie nicht zur chemischen Wäscherei gehören. Nach einer glaubhaften Schätzung beträgt die Menge des in deutschen chemischen Waschanstalten verbrauchten Benzins zirka 4—5 Millionen Kilogramm, 5 1/2—6 1/2 Millionen Liter, im Mittel 6 000 000. Davon werden mindestens 90 Prozent — in gut eingerichteten Betrieben 96—97 Prozent — nach jedesmaligem Gebrauch wiedergewonnen, so daß im ganzen etwa 640 000 000 Liter Benzin jährlich in Verwendung gelangen. Diese verteilen sich auf zirka 2000 chemische Waschanstalten, in denen an 300 Tagen gearbeitet wird, so daß 600 000 Arbeitstage herauskommen. Das Personal in deutschen Reinigerien (Sappensfärbereien und chemischen Waschanstalten) schätzt man auf 50 000, die zusammen 15 000 000 Tage arbeiten. Von den 50 000 Personen sind 4 durch Benzinexplosionen getötet, 31 verletzt (vermutlich aber nicht alle in Deutschland). In 2000 Reinigerien mit 600 000 Arbeitstagen sind 22 Brände vorgekommen. Obwohl in keiner Industrie Unglücksfälle ganz zu vermeiden sind, gibt es kaum eine, die so wenige und verhältnismäßig so geringfügige Unfälle aufzuweisen hätte, wie gerade die unsre. Das erklärt sich zwanglos durch die Tatsache, daß unsre Betriebe hauptsächlich auf Handarbeit und nur ergänzend auf Maschinenarbeit beruhen.“

An dieser Philippika ist nur verdienstlich, daß sie mitteilt, welche erhebliche Arbeiterschutz (wohl meist Frauen) in den chemischen Wäschereien Deutschlands arbeiten und welche ungeheure Menge von Benzin im Jahre diesen Arbeiterinnen durch die Hände geht. Die 50 000 Personen müssen von der gewerkschaftlichen Organisation zu gewinnen gesucht werden, nicht bloß ihrer Berufsgefahr halber, sondern auch wegen ihrer sonst oft recht ungünstigen Arbeitsbedingungen. Im übrigen aber ist die Kritik der Wäschereibesitzer an der Griesheimer Statistik recht eigenartig. Ob Menschen an Benzin in Deutschland oder in Ungarn verunglücken, das ist doch für die Notwendigkeit des Betriebs- und Arbeiterschutzes ganz gleichgültig. Sie sind und bleiben schutzbedürftige Proletarier, und wenn dem deutschen Arbeiter die ausländischen Erfahrungen mit Benzin zugute kommen, so ist das nur zu begrüßen. Warum macht denn aber der Verband chemischer Wäschereien nicht selbst eine bessere Unfallstatistik auf? Er kann es doch, wenn er will, und diese Tat wäre verdienstlicher als die bloße Kritik an den Feststellungen, die von Griesheim aus versucht werden. Endlich ist die Behauptung des Fachorgans der Wäschereibesitzer, daß Betriebe mit Handarbeit weniger Unfälle zeitigten, als Maschinenbetriebe, sehr wenig stichhaltig. Da sprechen doch viele andre Umstände mit. Der Fleischerbetrieb zum Beispiel ist fast reiner Hausbetrieb und hat doch wegen der scharfen Werkzeuge, die er verwenden muß, zahlreiche Unfälle. Der Bergwerksbetrieb ist in der Kohlenhauerei reiner Handbetrieb und aus andern, bekannten Ursachen einer der gefährlichsten. So kann die ausgebreitete Verwendung des gefährlichen Benzins auch die chemische Wäscherei sehr gut zu einer unfallreichen Branche machen, obgleich sie vorwiegend Handbetrieb hat. Mit solchen „Gründen“ ist nicht gegen die Notwendigkeit des Arbeiterschutzes anzukämpfen. Die chemischen Wäschereibesitzer sollen eine bessere Unfallstatistik aufnehmen. Dann wird sich mit ihnen weiter reden lassen.

Mühten wir also diesen Kapitalisten Unrecht in ihrer statistischen Kritik geben, so glauben wir ihnen desto mehr in einem andern Punkt, weil sie da greifbare Tatsachen anführen, und zwar gegen ihre Mitbrüder im Kapitalismus. Sie teilen in ihrem Fachorgan mit, durch ihre Unfallstatistik über Benzinbetriebe bezwecke die Griesheimer Fabrik Elektron weiter nichts, als „ihre Produkte, Benzinoform

oder Tetrachlorlohlenstoff, zu empfehlen und dessen Vorteile gegenüber Benzin zu betonen: 1. wegen seines allzu hohen Preises, 2. wegen seines hohen spezifischen Gewichtes, 3. wegen seiner narotischen Eigenschaften, wenigstens bestritten wird, daß sie größer sind, als beim Benzin; über Vergiftungen durch Einatmen von Tetrachlorlohlenstoff ist wohl nur deshalb nichts zu melden, weil dieses Produkt bisher noch kaum in größerem Maßstabe zur Verwendung gelangt ist; 4. wegen seiner Einwirkung auf Kupfer und Eisen.“ An andrer Stelle nennt das chemische Wäschereigorgan die Feststellungen von Griesheim „Kameramänner“ für das Griesheimer Erzeugnis Benzinoform oder Tetrachlorlohlenstoff. Das glauben wir gern, daß sich die Dinge so verhalten. Aus Menschenfreundlichkeit hat noch kein Kapitalist auf eigene Kosten Statistiken über Arbeiterunfälle führen lassen. Er muß ein Geldinteresse an solchen Statistiken haben, und dieses Geldinteresse der Griesheimer chemischen Fabrik in diesem Falle aufgedeckt zu haben, ist das Verdienst des Fachorgans der chemischen Wäschereibesitzer. Wenn zwei Kapitalisten sich streiten, erfahren die Arbeiter die Wahrheit. Die Benzinunfallstatistik von Griesheim dient dem Profitinteresse dieses Wertes, und deshalb wird Geld für sie ausgegeben, nicht der armen Benzinarbeiter wegen. Der Absatz von Griesheimer Benzinoform muß steigen, wenn die Gefährlichkeit des einfachen Benzins nachgewiesen wird. Unter Umständen kann es sogar auch im Interesse der Arbeiter liegen, daß dieser Ertrag eines alten durch ein neues Hilfsprodukt bei der chemischen Wäscherei stattfindet. Dann nämlich, wenn das Griesheimer Benzinoform wirklich erhebliche Sicherheitsvorteile vor dem alten Benzin hat. Die Wäschereibesitzer bestreiten dies anscheinend in ihrem schlechten Fachblattdeutsch. Sie wollen offenbar sagen, daß Griesheim sein Benzinoform empfiehlt nicht „wegen“ seines allzu hohen Preises, sondern trotz seines hohen Preises usw. Aber von den vier Einwendungen, die sie machen, ist höchstens die dritte für den Arbeiterschutz beachtenswert. Das Benzinoform soll starke betäubende Eigenschaften haben. Das wäre zu untersuchen. Im übrigen aber müßten auch höhere Preise und ein höheres spezifisches Gewicht in den Kauf genommen werden, wenn der chemische Wäschereibetrieb durch das Benzinoform soviel ungefährlicher gestaltet werden könnte, wie z. B. die Färbereifabrikation durch das Verbot des weißen Phosphors und die Einführung der deutschen Reichspatentzinnmasse.

Das legt auch den richtigen Schluß aus allen diesen Vorgängen nahe. Das Deutsche Reich sollte dem Streit der Benzininteressenten nicht müßig zusehen, sondern selbst sowohl die Statistik der Benzinunfälle, als die Prüfung der angeblich ungefährlicheren Erzeugnisse in die Hand nehmen. Dann könnte schneller und gründlicher Klarheit im Interesse der Arbeiter geschaffen werden. Aber das Deutsche Reich hat ja keine Zeit für Arbeiterschutz. Es kann an so nebensächliche Dinge nicht denken, weil es mit den Junkern neue Steuern für die unbemittelten Massen machen muß!

Die größte deutsche Sodafabrik.

Anlässlich der Neubebauung einer 10-Millionen-Anleihe der Deutschen Solvaywerke in Bernburg an der Berliner Börse wird in der deutschen Handelspresse wieder einmal an den Riesenbetrieb dieses Unternehmens erinnert.

Die Deutschen Solvaywerke arbeiten mit zurzeit 40 Millionen Mark Aktienkapital. Die Aktien sind nirgends im offiziellen Verkehr. Die Gesellschaft wurde im Jahre 1885 errichtet mit 50jähriger Dauer, der jetzige Gesellschaftsvertrag läuft also bis 1935. Die Fortleitung der Gesellschaft kann mit einfacher Stimmenmehrheit beschloffen werden. Neben dem Sitze in Bernburg bestehen Zweigniederlassungen in Saaralben und Chateau-Salins (Lothringen), Wöhlen (Baden), Rheinberg (Rheinland). Die Gesellschaft betreibt Fabriken und Bergwerke in Anhalt, Preußen, Baden, Elsaß-Lothringen und Hamburg. Der Prospekt enthält eine genaue Aufzählung der einzelnen umfangreichen Besitztümer der Gesellschaft, wozu sich u. a. ergibt, daß der Grundbesitz beträgt in Anhalt über 423 Hektar, in Preußen über 405 Hektar, in Baden über 47 Hektar, in Elsaß-Lothringen über 229 Hektar. Hauptsächlich betreibt die Gesellschaft die Sodafabrikation. Sie besitzt daneben Salinen, Kalifabrikbrüche, eine elektrolitische Fabrik zur Darstellung von Magnesium, Kali- und Steinsalzbergwerke, Kohlenbergwerke, Brauereibetriebe, Bricketfabriken, Kokeranlagen, Dampfmaschinen, eigenen Schiffsbetrieb, eine Ammoniakfabrik usw. Aus der Zusammenstellung des Vermögensobjekts der Gesellschaft ergibt sich, daß zurzeit in Vorsch bei Weisel (Rheinprovinz) eine neue Doppelschichtanlage im Abteufen begriffen ist, zur Gewinnung von Kalisalz usw. Bei Weisel besitzt die Gesellschaft 80 Bergwerkskonzessionen von insgesamt 175 Millionen Quadratmeter, darunter 40 Konzessionen auf Kali- und Steinsalz, sämtlich noch unversteuert. Zwei getrennte Kalifabrikbrüche besitzt die Gesellschaft weiter in Roschwitz (Anhalt), jodann ein Kalibergwerk mit einer Schachtanlage in Weissen (Saalekreis-Preußen).

Das Kapital der Gesellschaft betrug ursprünglich 10 Millionen Mark, es wurde im Jahre 1904 auf 40 Millionen erhöht. Der Prospekt enthält nichts über die bemerkenswerten Kapitaltransaktionen von 1904. Damals wurden 10 000 Genußscheine mit sehr hoher Dividendenberechtigung ausgegeben und noch im gleichen Jahre gegen 30 Millionen neue Aktien zurückgekauft, wobei der Kuponfonds B, der allmählich die enorme Höhe von 37 1/2 Millionen erreicht hatte, aufgelöst und bis auf 3 Millionen Mark, die der Reserve A zuzufügen, verwendet wurde.

Mit ihrem Hauptartikel Soda gehört die Gesellschaft dem Soda-Syndikat an, dessen Leitung in ihren Händen liegt. Der Syndikatsvertrag läuft bis 31. Dezember 1910. Weiter ist die Gesellschaft Mitglied des Kali-Syndikats. Der Verkauf einer Reihe von andern Produkten der Sodafabrikation ist durch Vereinbarungen geregelt, ebenso der Verkauf von Steinsalz und Siedesalz, sowie — mit Wirkung bis zum 31. Dezember 1910 — von Benzol und Toluol.

Das Mutterhaus Solvay u. Co. in Brüssel ist verpflichtet, der Gesellschaft für Deutschland alle neuen Erfindungen usw., welche es bezüglich des Verfahrens zur Darstellung von Soda und Potasche machen wird, wie auch die deutschen Patente, welche es hierauf nehmen wird, für den verhältnismäßigen Ertrag der dafür gehaltenen Auslagen sofort mitzuteilen und für Deutschland zu übertragen, wogegen die Gesellschaft ihrerseits eine gleichartige Verpflichtung der Brüsseler Gesellschaft gegenüber hat. Im Falle die Gesellschaft keine Patente im Auslande nimmt, kann die Firma Solvay u. Co. die bejagten Patente in ihrem Namen erwerben. Die Firma Solvay u. Co. ist ebenfalls verpflichtet, kein andres Bergwerk oder keine andre Fabrik im Deutschen Reich oder im Großherzogtum Luxemburg zu errichten, deren Zweck auf eine der den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft bildenden Fabrikation gerichtet ist, sie darf sich weder direkt, noch indirekt an einem ähnlichen Geschäftsbetrieb beteiligen. Die Gesellschaft hat dagegen die gleiche Verpflichtung gegenüber der Firma Solvay u. Co. für die Länder außerhalb Deutschlands und des Großherzogtums Luxemburg.

Das Geschäftsjahr 1908 schloß mit einem Reingewinn von 6 536 407 Mk. (i. H. 7 047 975 Mk.). Ende 1908 waren bewertet die Konzessionen mit 2,33 Millionen Mark, Gebäude mit 14,7 Millionen Mark, Grundstücke mit 6,01 Millionen Mark, die Schachtanlage mit 3,28 Millionen Mark, die Maschinen und Anlagen mit 29,36 Millionen Mark. Eine nähere Detaillierung gerade der letzteren, sehr hohen Position wäre angezeigt gewesen. Vorhanden waren weiter in bar und Wechseln 0,19 Millionen Mark, an festverzinslichen Werten 3,45 Millionen Mark, als Kautions- und Kontofonds und Reichsbankanleihe waren 1,06 Millionen Mark hinterlegt, an Bankguthaben werden 1,17 Millionen Mark ausgewiesen, während an Dividendenpapieren 7,52 Millionen Mark verzeichnet sind. Diese Beteiligungen der Gesellschaft umfassen 48 kurze der Kaligewerkschaft Aktie, 534 Aktien der Kaligewerkschaft Saldeturth, 5,75 Millionen

Mark Geschäftsanteile bei der Steinsalz- und Sodawerke G. m. b. H. Hohenfalka. Schwedische Verbindlichkeiten waren zu Jahresende in Höhe von 11,21 Millionen Mark vorhanden. Aus dem Obligationenerlös sollen jetzt Verbindlichkeiten abgestoßen werden. Aus den sonstigen Angaben des Profpektes wäre noch hervorzuheben, daß die Generalversammlungen der Gesellschaft bei Einstimmigkeit der Aktionäre auch außerhalb Deutschlands abgehalten werden können, eine für ein deutsches Unternehmen immerhin ungewöhnliche Bestimmung.

Der neue amerikanische Düngerkreis.

In Newyork ist mit einem Kapital von 15 Millionen Dollar die International Agricultural Corporation behufs Verschmelzung eines Teils der Werke, die in dem zuerst geplanten, aber nicht zustande gekommenen größeren Trust aufgehen sollten, gegründet worden. Von der International Agricultural Corporation werden, soweit bis jetzt bekannt geworden, außer dem deutschen Kaiserwerk Solfstedt die größten Phosphat produzierenden Eigentümern in Florida und Tennessee, sowie die gesamte Gipsfabrikation der Tennessee Copper Co. und der Duquoy Sulphur a. Iron Co. kontrolliert werden. Bezüglich der Kontrolle, die die Produktionsgrundlage für diese Kontrolle bilden, wird es aber noch zu einem Trust kommen, so daß auch der neue Trust heute noch kein klares Fahrwasser hat. Dieser Trust ist bereits von einem gewissen W. J. Joes von Savannah, Galveston, an dem Bundesverwaltungsgericht für den westlichen Distrikt des Staates Newyork gegen Schmidmann u. Meadows eingeleitet worden. Darüber berichtet eine Depesche aus Buffalo folgendes: Joes hat beantragt, daß ein Masseverwalter für die Independent Fertilizer Co. ernannt werde, und will die Bestände zurückverlangen, die Schmidmann u. Meadows unrechtmäßigerweise an sich gebracht oder zurückgehalten haben sollen. Joes gibt des weiteren an, daß er der Eigentümer von 100 Stück Aktien der Independent Fertilizer Co. (später als United States Agricultural Corporation bekannt) ist und daß er für diese Aktien 10 000 Dollar in bar, das heißt einen Teil des Barbetrags von 380 000 Dollar gezahlt habe, der im November des Jahres 1908 eingezahlt wurde. Dabei beschuldigt der Kläger die beiden Beklagten des näheren beträgerischer Transaktionen in Verbindung mit einem Verleuge, für ihren eigenen Gebrauch gewisse Kontrakte an sich zu bringen, die namens des Independent Fertilizer Co. zwischen der Geomorfert Manufacturing Co., der Tennessee Copper Co. und der Duquoy Copper, Sulphur a. Iron Co. abgeschlossen worden sind; die Beklagten sollen verhindert werden, in irgend welcher Weise über diese Kontrakte zu verfügen.“ Es mag bei dieser internationalen Kartellgründung in Dünger schon manches — müßlich und unreinlich vorgegangen sein, wie es so der Artikel und der Kapitalismus mit sich bringen.

Die mörderische Farbenindustrie.

Die Arbeiterkammern der Vereinigten Staaten von Amerika haben jochen ihren Jahresbericht für 1908 veröffentlicht und sich darin in hervorragender Weise mit den ungeheuren Gefahren beschäftigt, die den Arbeitern in gewerblichen Betrieben aus dem sie ständig umgebenden Staub erwachsen. Sie haben festgestellt, daß jährlich mehr als 22 000 Arbeiter leblich durch bessere Lüftung vom Tode errettet werden können, und daß es möglich ist, die Fälle der Tuberkulose auf ein Drittel der bisherigen Zahl herunterzusetzen. Um ich im mindesten in die Zustände in der Farbenindustrie zu versetzen, und der Tod wütet unter den jugendlichen Arbeitern in geradezu erschreckender Weise. Die Statistik des vergangenen Jahres hat festgestellt, daß nicht weniger als 49,2 Prozent von allen in Farbenwerken beschäftigten Arbeitern rettungslos der Tuberkulose verfallen sind. In Deutschland ist es natürlich nicht besser, nur verstehen es unsere Unternehmer besser, die Schrecken ihrer Gifthütten der öffentlichen Kontrolle zu entziehen.

× Berlin. Das Opfer einer Explosion ist der Direktor Steinhardt von der Kapidinaliengeellschaft in Birkenwerder geworden. Er experimentierte in seinem Privatkontor in der Fabrik mit einem Sauerstoff-Blendungsapparat in Gegenwart seiner Frau, des Fräuleins Margarethe Krakau aus Hamburg und seines drei Jahre alten Neffen Egon Lohmann. Der Apparat explodierte infolge eines noch nicht aufgeklärten Versehens, und alle drei Personen erlitten schwere Hautverletzungen. Direktor Steinhardt starb in der Klinik. Fräulein Krakau und der kleine Lohmann liegen schwer darnieder. Es dürfte sich um eine Kohlenoxydgasentzündung oder Kohlenäurelaubentzündung handeln. Kohlenäure ist nicht brennbar und wird sogar als Feuerlöschmittel, speziell für Kohlenbrände, mit Erfolg benutzt.

× Breslau. Einige Missetaten in der vor den Toren Breslaus gelegenen Schwefelsäure- und Düngemittelfabrik von Schröder und Häpold, G. m. b. H., in Cöfel müssen wir heute zum Gegenstand der öffentlichen Kritik machen. Zunächst ist es der Mangel an gutem Trinkwasser. Wohl ist ein Brunnen zum Wasserbedarf für die Maschine errichtet worden, doch ist dessen Wasser als Trinkwasser ungenießbar. Da eine Kantine nicht vorhanden ist, erhält jeder Arbeiter vormittags und nachmittags 1/2 Liter Kaffee. Das Trinkwasser wird in einer 120—150 Liter fassenden Tonne von außerhalb der Fabrik herangeholt. Es ist öfters nicht zu genießen, denn selbst bei größter Hitze steht die Tonne unter freiem Himmel. Spirituosen dürfen bei Strafe der Entlassung nicht in die Fabrik eingeführt werden, auch wer während der Arbeitszeit Bier trinkt, wird entlassen. Außerdem mangelhaft ist die Waschlagelegenheit, sie besteht aus einem Trage, in welchem sich zirka 60 Arbeiter und Arbeiterinnen waschen müssen. Seife und Handtücher werden nicht geliefert. Oefters fehlt es an Waschwasser. Obgleich diese Gifthüttenproletarier ständig mit giftigen Substanzen hantieren müssen, fehlt es an der entsprechenden Wascheinrichtung, sie wuschen sich meistens nicht einmal vor dem Essen die Hände. Sie sind somit den schlimmsten Erkrankungsgefahren ausgesetzt. Auch die Aufenthaltsträume sind äußerst mangelhaft eingerichtet und zu klein. Während der Kampagne, selbst im strengen Winter, muß die größte Hälfte der Arbeiter unter einem Schuppen Schutz suchen. Kleiderpinde sind nicht vorhanden und doch wären solche in hinreichend getragenen Kleideräumen in hygienischer Beziehung so notwendig. Es wäre wünschenswert, daß ein vollständiger Wechsel der Kleider vorgenommen werden könnte. Arbeits- und Hauswachen müßten getrennt in besonderen Schaltern aufbewahrt werden. In diesem Arbeiterbetriebe fehlt aber jede derartige Einrichtung, und öfters kommt es auch vor, daß Schwären und sonstige Gegenstände gestohlen werden. Ebenso mangelhaft steht es mit den besonderen Schutzvorrichtungen für die Atmungsorgane, Respiratoren usw., die doch auch für die Gesundheitsverhältnisse der chemischen Arbeiter so dringend nötig sind.

Nun noch einige Angaben über die Entlohnung in dieser Fabrik. Es werden Jammerröhren von 20—25 Pfennig pro Stunde gezahlt. Bei solchen Löhnen ist es erklärlich, daß die Kapitalisten in der chemischen Industrie enorme Summen als Gewinn einstreifen und daß sie selbst ihre Betriebe als Goldgruben bezeichnen.

Aus der Zement- und Ziegelfabrikation.

Unfälle im 1. Quartal 1909.

Die Zahl der Unfälle in der Ziegelfabrikation hat im 1. Quartal des laufenden Jahres wiederum eine beträchtliche Steigerung erfahren. Obwohl sich die Tätigkeit in den Ziegelmägen in diesen drei Monaten (Januar, Februar, März) mit wenigen Ausnahmen nur auf das Schürgraben und sonstige Vorarbeiten beschränkt, so wurden doch 1532 Unfälle bei der Berufsgeheimenschaft gemeldet gegen 1371 Unfälle im Vorjahre. Die Steigerungsziffer beträgt also 161. Auf

